



Presse – mitteilung

Hausanschrift: Bernauer Straße 146
16515 Oranienburg
Tel.: +49(0)3301 850-2010
Fax: +49(0)3301 850-2009
Internet: www.fhpolbb.de
E-Mail: pressestelle@fhpolbb.de



2. September 2015

Die Sicht der Opfer des NSU – Konsequenzen für die Polizei

- Prof. Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Angehörigen der Opfer des NSU, mit Abdulkerim Şimşek, Sohn des ersten Opfers des NSU, zur Diskussion an FHPol
- Vorstellung der Studie des Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrums zur Überprüfung mutmaßlicher rechtsextremistischer Tötungsdelikte

Unter dem Titel „Die Opfer des Rechtsextremismus - Konsequenzen für die Polizei Brandenburg nach dem Aufdecken des Nationalsozialistischen Untergrundes/Forschungsprojekt des Moses Mendelssohn Zentrums (MMZ)“ setzten die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPol) zusammen mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) am 2. September 2015 ihre Veranstaltungsreihe fort.

Hierzu **Innenminister Karl-Heinz Schröter**: *„Die richtigen Konsequenzen aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden im Falle des NSU zu ziehen, ist von großer aktueller Bedeutung. Die deutschlandweite Mobilisierung der rechtsextremen Szene gegen Asylbewerber und der Anstieg politisch motivierter Straftaten stellen die Polizei vor erhebliche Herausforderungen. Derartige ausländerfeindliche Straftaten sind nicht allein ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Land. Sie sind auch ein Anschlag auf den Rechtsstaat insgesamt. Diesem Angriff auf uns alle müssen wir entschlossen und wirksam entgegenzutreten. Über Asylpolitik kann man streiten, über Brandanschläge oder Überfälle auf Flüchtlinge nicht. Der sensible Umgang mit den Opfern rechter Gewalt oder ihren Hinterbliebenen ist für die Polizei eine besondere Verpflichtung. Ihr müssen wir unbedingt gerecht werden. Das ist meine klare Erwartung an die Polizei Brandenburg. Hier ist in den letzten Jahren schon vieles getan worden, aber nichts ist so gut, dass wir es nicht verbessern könnten. Diesem wichtigen Anliegen dient die heutige Tagung, die ich sehr begrüße.“*

Frau Prof. Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Angehörigen der Opfer des NSU, und Abdulkerim Şimşek, Sohn des ersten Opfers der rechtsterroristischen Gruppierung Enver Şimşek, stellten eingangs die Sichtweise der Geschädigten und ihre Erfahrungen mit den Sicherheitsbehörden dar. Dies war im weiteren Verlauf auch Schwerpunktthema des Expertengesprächs die vom rbb-Moderator Uwe Madel begleitet wurde. Neben den anderen Referenten kamen dabei nach ihren Impulsreferaten auch Vertreter des Aktionsbündnisses Brandenburg, der Opferperspektive e. V. und der Amadeu-Antonio-Stiftung mit den Veranstaltungsteilnehmern ins Gespräch.

Die Fachtagung wurde von **Präsident Rainer Grieger** eröffnet: *„Besonders hervorzuheben ist der Anspruch an polizeiliche Bildungsreinrichtungen – wie die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg – aus Fehlern der Vergangenheit und Unzulänglichkeiten der Sicherheitsbehörden zu lernen und die Erkenntnisse an Polizeibedienstete weiterzugeben. Dazu soll auch die heutige Tagung dienen.“*.

Auch das **Forschungsprojekt des Moses Mendelssohn Zentrums** zur „Überprüfung umstrittener Altfälle von Todesopfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Brandenburg seit 1990“ ist eine Konsequenz aus der Aufdeckung der Morde des NSU. Die Untersuchung war vom seinerzeitigen Innenminister Dietmar Woidke beauftragt worden. Es sollte unter expliziter Einbeziehung externen, auch wissenschaftlichen Sachverständes die Differenz zwischen den offiziell anerkannten Opferzahlen und den Angaben verschiedener Opferlisten aus Medien und Zivilgesellschaft („Jansen-Liste“) nachgehen. Das Projekt des MMZ und deren Ergebnisse wurden auf der Tagung vom Projektleiter Dr. Christoph Kopke präsentiert.

Der Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg stellte ergänzend die Sichtweise der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg auf das MMZ-Projekt dar.

Der Auftakt der Veranstaltungsreihe für polizeiliche Spitzenämter der Brandenburger Polizei fand im November 2014 in Oranienburg statt. Diese wurde im Zuge der Umsetzung der Handlungsempfehlungen des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Aufarbeitung der Konsequenzen aus dem NSU neben anderen Maßnahmen zur weiteren Sensibilisierung der Polizeibeamten des Landes Brandenburg und zur Fortentwicklung der Aus- und Weiterbildung initiiert.

Die Wanderausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“, von Birgit Mair im Auftrag vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V. konzipiert, bildete den Rahmen der Veranstaltung.

Timm Schindler

Pressesprecher FHPol